

Bericht der Präsidialverwaltung

Autor(en): **Merz, L. / Bösiger / Moser**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1926)**

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417040>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1926.

Bericht der Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident:

Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **L. Merz.**

Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat **Bösiger.**

Vizepräsident des Regierungsrates:

Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Bösiger.**

Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat **Dr. Moser.**

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahre fanden zwei kantonale und eine eidgenössische Abstimmung statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Am 31. Januar kam zur Abstimmung das Gesetz betr. Abänderung einzelner Bestimmungen des Gesetzes vom 7. Juli 1918 über die direkten Staats- und Gemeindesteuern. Die Vorlage wurde mit 43,895 gegen 33,503 Stimmen angenommen. Gesamtzahl der Stimmberechtigten 182,894; Stimmbeteiligung: 42,5%.

Am 9. Mai folgte die Abstimmung über folgende drei Vorlagen:

1. Gesetz betr. die Beitragsleistung an die Arbeitslosenkassen; Annahme mit 82,278 gegen 39,607 Stimmen.

2. Gesetz über den Warenhandel, das Wandergerwerbe und den Marktverkehr; Annahme mit 86,824 gegen 34,121 Stimmen.

3. Gesetz betr. die Fischerei; Verwerfung mit 67,116 gegen 51,072 Stimmen.

Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 184,059; Stimmbeteiligung: 68,1%.

B. Eidgenössische Volksabstimmung.

Das Schweizervolk hatte am 5. Dezember sich auszusprechen über den Bundesbeschluss betr. Aufnahme eines neuen Art. 23^{bis} in die BV betr. die Getreideversorgung des Landes. — Der Kanton Bern gab für diese Vorlage 69,302 Ja und 49,229 Nein ab. Die kantonale Stimmbeteiligung betrug 64,2%.

Volkswahlen.

Am 5. Dezember fand die Gesamterneuerung der kantonalen Schulsynode statt — wie man gestehen muss, ohne starke Anteilnahme des Wahlkörpers. In einzelnen Wahlkreisen hatte sich niemand um die Aufstellung der Kandidaten bekümmert, und vielenorts waren die Namen der Kandidaten nicht bekanntgemacht worden, so dass die Wähler nicht wussten, für wen sie stimmen sollten. Daher war die Zahl der leeren und ungültigen Zettel unverhältnismässig gross.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als *Ständeräte* wurden für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1926 bis 30. November 1927 am 10. November 1926 gewählt die beiden bisherigen Inhaber des Amtes: Regierungsrat Dr. C. Moser und Fürsprecher P. Charmillot in St-Imier. In der bernischen Deputation des *Nationalrates* trat eine Veränderung ein, indem Reg.-Rat F. Burren am 10. Oktober zurücktrat und durch Landwirt A. Held in Sumiswald ersetzt wurde.

Grosser Rat.

Der Rat hielt im ganzen 5 Sessionen ab mit insgesamt 25 Sitzungen. Die zwei ersten Sessionen waren ausserordentliche, sie fielen in die zu Ende gehende 20. Verwaltungsperiode.

Am 9. Mai fand die Gesamterneuerung des Grossen Rates statt, die zum zweitenmal nach dem Proportionalverfahren vor sich ging und ohne Hindernisse durchgeführt wurde. Bezüglich der Einzelheiten verweisen wir auf den dem Grossen Rate erstatteten besondern Bericht (Tagbl. des Gr. Rates 1926, Heft III, 232).

Es lief eine Beschwerde ein, die sich gegen die Wahlen des Amtsbezirkes Frutigen richtete wegen Nichtbeachtung von Förmlichkeiten im Abstimmungskreis Frutigen. Die Beschwerde wurde abgewiesen.

Im neugewählten Rate bildeten sich vier Fraktionen, nämlich:

| | | | |
|--|-----|-----|--------|
| die Fraktion der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei. | mit | 104 | Mitgl. |
| die sozialdemokratische Fraktion | » | 63 | » |
| die freisinnige » | » | 43 | » |
| die katholisch-konservative Fraktion | » | 13 | » |
| Wild | » | 1 | » |
| Insgesamt | | 224 | Mitgl. |

Nachdem in der konstituierenden Session die Verhandlungen unter dem Alterspräsidenten, Herrn Samuel *Scherz*, der diese Würde das drittemal bekleidete, eröffnet worden waren, wurde als Präsident des Rates gewählt: Landwirt G. Gnägi in Schwadernau, und als Vizepräsidenten: Kaufmann G. Neuenschwander in Oberdiessbach und Lokomotivführer E. Jakob in Port.

Seit der Gesamterneuerung sind aus dem Rate wieder ausgeschieden: Verwalter R. Pulfer in Kühlewil und Landwirt K. Ruch in Lauperswil wegen Ablebens; Gemeinderat Dr. P. Guggisberg in Bern infolge seiner Wahl zum Regierungsrat; Uhrmacher P. Berger in Cormoret, Zugführer R. Kunz in Interlaken und Fabrikant E. Reichen in Langnau infolge Rücktrittes. Neu in den Rat traten ein: Tierarzt Dr. E. Schwarz in Bern, Landwirt R. Wytttenbach in Kirchdorf, Schalenmacher N. Langel in Courtelary und Elektriker A. Wägeli in Unterseen.

Folgende wichtigeren Geschäfte wurden behandelt:

1. Gesetze. Gesetz betr. Beitragsleistung an die Arbeitslosenkassen und Gesetz betr. den Warenhandel, das Wandergewerbe und den Marktverkehr (zweite Beratung).

2. Dekrete. Dekret betr. Vermehrung der Zahl der kaufmännischen Mitglieder des Handelsgerichtes, Dekret betr. Lostrennung des untern Kirchenfeldes von der

Nydeckkirchgemeinde Bern und Zuteilung zur Münstergemeinde, Dekrete betr. Errichtung von je einer zweiten Pfarrstelle in den reformierten Kirchgemeinden Tramelan und deutsch Münster-Dachsfelden, Dekret betr. Einreihung der Gemeinden in Besoldungsklassen, Viehhandelskonkordat (Revision).

3. Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen.

Es wurden 12 Motionen behandelt und 13 Interpellationen und einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte. Als andere wichtige Geschäfte seien erwähnt: Beschluss betr. Erweiterung der Irrenanstalten, Beschluss betr. die Wahl des Kantonsarztes im Nebenamt.

Regierungsrat.

Im Bestande des Regierungsrates trat im Berichtsjahre ein doppelter Wechsel ein. Auf Ende der Verwaltungsperiode trat Dr. H. Tschumi nach 14jähriger Tätigkeit zurück, und auf 30. September legte Dr. F. Volmar das Amt eines Regierungsrates infolge seiner Wahl zum Direktor der Berner Alpenbahn nieder, nachdem er während 6 Jahren dem Regierungskollegium angehört hatte. Die beiden Männer haben in ihrer Stellung dem Staatswesen wertvolle Dienste geleistet, die ihnen der Regierungsrat — soweit an ihm — warm verdankt.

Neu in den Regierungsrat traten ein: Gewerbesekretär Fritz Joss in Burgdorf infolge seiner Wahl anlässlich der Gesamterneuerung des Regierungsrates, und Gemeinderat Dr. P. Guggisberg durch Ersatzwahl vom 15. August. Durch Beschlüsse des Grossen Rates wurde Regierungsrat Joss die Direktion des Innern und Regierungsrat Dr. Guggisberg die Direktion der Finanzen und Domänen übertragen. Die übrigen Mitglieder blieben an der Spitze der gleichen Direktionen, die sie in der letzten Verwaltungsperiode geführt hatten.

Der Regierungsrat hielt 103 Sitzungen ab, in denen 5580 Geschäfte behandelt wurden.

Das abgelaufene Jahr hat der Verwaltung besondere grosse und schwierige Aufgaben nicht gestellt; die Verwaltung nahm einen normalen Gang. Dagegen zeichnete sich das Jahr 1926 in unerfreulicher Weise durch die schlechte Witterung des Frühsommers aus, der dem Kanton Bern die grosse Wetterkatastrophe des 12./13. Juni brachte mit ihren zahlreichen Schäden, die namentlich den Jura, aber auch andere Landesteile sehr hart trafen. Doch die Not blieb nicht ohne Hilfe. Die vom Regierungsrat eingeleitete Liebesgabensammlung zeitigte ein Ergebnis, das eine Wiedergutmachung der eingetretenen Schäden in nahezu vollem Umfang gestattete. Über die Einzelheiten der Aktion wird an anderer Stelle Bericht erstattet. Hier bleibt dem Regierungsrat nur die angenehme Pflicht, der Bevölkerung den herzlichsten Dank für ihre Hilfe abzustatten; ein besonderes Wort des Dankes gebührt den Gabenspendern aus andern Kantonen und den Auslandschweizern, die mit zahlreichen und namhaften Gaben ihre freundeidgenössische Gesinnung bekundet haben.

Ein Wort der Anerkennung endlich schulden wir den Wehrmännern der Sappeurkompagnien II/3 und III/3, die willig dem Aufgebot zu einem achttägigen Dienste folgten, wodurch den verwüsteten Gegenden des Jura eine rasche erste Hilfe gebracht werden konnte.

Bezirksbeamte.

Am 13. Juni fand die Gesamterneuerung der Bezirksbeamten statt. Diese Wahlen gaben Gelegenheit zu der vollständigen Durchführung der Erlasse betr. die Vereinfachung der Bezirksverwaltung, indem nunmehr in allen hierfür vorgesehenen Amtsbezirken die Vereinigung der Stellen des Regierungsstatthalters und des Gerichtspräsidenten erfolgte und insgleichen die Vereinigung der Stellen des Gerichtsschreibers und Betreibungsbeamten.

Am genannten Tage wurden auch die Amtsrichter und die Geschwornen neu gewählt.

Gegen das Ergebnis der Wahl des Regierungsstatthalters und der Amtsrichter von Pruntrut wurden Beschwerden eingereicht. Der Grosse Rat hob die Wahl des Regierungsstatthalters wegen einer Reihe von vorgekommenen Unregelmässigkeiten auf; die Wahl der Amtsrichter dagegen wurde von der Behörde gültig erklärt. Gegen die zweite Wahl des Regierungsstatthalters von Pruntrut (7. November) wurde neuerdings Beschwerde geführt, die am Ende des Berichtsjahres noch nicht beurteilt war. Infolge dieser Vorgänge hat vom 1. August bis zum Ende des Jahres der Amtsbezirk Pruntrut des ordentlichen Stellvertreters der Regierung entbehrt, und es musste der Amtsverweser die Geschäfte führen.

Seit der Gesamterneuerung trat von seinem Amte wegen Erkrankung zurück der Regierungsstatthalter von Konolfingen, U. Siegenthaler; und es verstarb der Gerichtspräsident und Regierungsstatthalter von Laupen, K. Iseli. In Konolfingen wurde als neuer Regierungsstatthalter gewählt Notar E. Herrmann, bisher Gerichtspräsident dieses Amtsbezirks. Die vakante Beamtung in Laupen wurde erst im Jahre 1927 wieder besetzt. — Durch Verzicht erledigt und neu besetzt wurden ferner die Posten des Betreibungsbeamten von Bern-Land (Fürsprech Moser) und derjenige des Gerichtspräsidenten von Thun (Fürsprech Dr. Dannegger). Endlich wurde im Amtsbezirk Delsberg eine durch Todesfall freigewordene Amtsrichterstelle neu besetzt.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben u. a. folgende Ziffern Auskunft:

| | |
|---|--------|
| An die Direktionen überwiesene Eingänge . . . | 3,992 |
| Überweisungen an den Grosse Rat | 279 |
| Ausführung von Drucksachenbestellungen . . . | 4,458 |
| mit einer Verkaufssumme von Fr. 33,900. | |
| Legalisationen | 23,582 |
| Veröffentlichungen im deutschen Amtsblatt . . | 600 |

Anweisungsverkehr: es wurden 1285 Gebührenfälle erledigt mit einem Ertrag von Fr. 96,289.

Die französische Abteilung der Staatskanzlei besorgte ihrerseits ungefähr 1760 Geschäfte, wovon 760 des Regierungsrates und zirka 1000 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie eine beträchtliche Zahl von Publikationen im Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Im Berichtsjahr erfuhr das Staatsarchiv einen aussergewöhnlich starken Zuwachs. Die Militärdirektion lieferte bei 800 Kontrollen, Rödel und Rechnungen, zahlreiche Drucksachen und einige Aktensammlungen ab.

Die Bestände gehören meistens der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an; älter sind verschiedene, das Zeughaus betreffende Materialien. Von der Kirchendirektion gingen u. a. ein Protokolle und Akten betr. Diözesanverhältnisse und Sektenwesen aus den Jahren 1808/73, sowie Drucksachen aus der gleichen Zeit. Die Baudirektion (technische Abteilung des Wasserrechtsamtes) übergab 130 Perimeterpläne der Juragewässerkorrektion. Von der Direktion des Innern und der Kantonsbuchhalterei wurden grosse Bestände an Druckschriften zur Sichtung übernommen. Aus den Bezirksarchiven von Signau und Neuenstadt wurden Kontrollen, Akten, Prozeduren, Drucksachen aus den Jahren 1803—1890 zur Bearbeitung nach dem Staatsarchiv verbracht. Bibliothek und Zeitungssammlung erhielten den gewohnten Zuwachs. Von antiquarischen Erwerbungen sind zu nennen biographische Aufzeichnungen über K. Stauffer von der Mutter des Künstlers (Kopie) und eine Regimentswappentafel von 1745.

Geschenke an Büchern und Handschriften wandten dem Staatsarchiv in verdankenswerter Weise zu: Staatsarchiv des Kantons Thurgau, Stadtbibliothek Bern, Schuldirektion der Stadt Bern, Verwaltung der kantonalen Krankenkasse, Administration des «Schweizer Bauer», Familien von Muralt in Zürich und Rikli in Wangen a. A., alt Apotheker B. Raeber in Genf, Pfarrer Nissen in Schwarzenburg, Lehrer R. Marti-Wehren in Bern, Lehrer K. Seith in Schopfheim (Baden) usw.

Ausser den eben genannten Arbeiten wurden folgende ausgeführt: Einordnung der von der Militärdirektion übernommenen Bestände; Inventarisierung der Akten des Inseleospitals und des Ausserkrankenhauses, insgesamt über 1500 Stücke. Es wurden dabei zwei durchkontrollierte Reihen der seit 1833 erschienenen Feuille officielle du Jura angelegt, eine sehr mühsame Arbeit, da viele fehlerhafte Bände ergänzt werden mussten.

Die als Broschüren oder Blätter erschienenen Druckschriften über bernisches Staats- und Rechtswesen und diejenigen über Kirchenwesen wurden revidiert und ergänzt, eine Menge solcher Druckschriften aus andern Gebieten zunächst nach den Kategorien der Bibliothek sortiert. Zu erwähnen sind sodann die Durchsicht der im hiesigen Archiv noch vorhandenen Bestände über den Aargau und die Feststellung der Materialien, die im Verlauf des letzten Jahrhunderts unter verschiedenen Malen dorthin ausgehändigt worden sind, sowie die Neuordnung der Bände und Akten über den Bau der Nydeckbrücke, 1839/53, und die Bildung einer besondern Abteilung der Mandaten- und Instruktionenbücher aus verschiedenen Ämtern.

Im Käfigturm wurden mehrere Abteilungen des ehemaligen fürstbischöflich-baselschen Archivs reorganisiert. Die aus dem Bezirksarchiv Münster stammenden Verwaltungsakten und Korrespondenzen der dortigen fürstbischöflichen Landvögte (18. Jahrhundert) wurden den Abteilungen Münstertal, die Landschaft und Propstei und Grandisvallense Monasterium angegliedert; sie ergänzen dieselben in sehr willkommener Weise. Von den Akten des Département du Mont Terrible wurden diejenigen über die Domaines nationales neu geordnet und in Mappen gelegt.

Der verfügbare Raum gestattet nicht, die für amtliche oder wissenschaftliche Zwecke ausgeführten Nach-

forschungen einzeln aufzuzählen und die von Historikern behandelten Themata zu nennen.

Hallwyl-Archiv. — Nachdem Gräfin Wilhelmina von Hallwyl in Stockholm mit dem Regierungsrate des Kantons Aargau vereinbart hatte, dass das Familienarchiv von Hallwyl aus dem Staatsarchiv in Aarau in das bernische zu verbringen sei, wurden zu Anfang des Berichtsjahres hier die erforderlichen Vorkehren getroffen. Die Baudirektion übertrug die Ausarbeitung der Pläne und des Kostenvoranschlages, sowie die Ausführung der Umbauten den Architekten Zeerleder & v. Ernst in Bern. Ihre Aufgabe bestand in einer würdigen und zugleich zweckmässigen Ausgestaltung eines aus dem Jahre 1541 stammenden Gewölbes samt Vorraum. Einbezogen wurde auch der nach diesen Räumen führende Gang, sowie der grosse Archivsaal 2, wo zwei Arbeitsplätze und die Siegelsammlung einzurichten waren. Die kantonale Kunstaltertückerkommission wirkte bei der Begutachtung der Pläne mit. Weil die Frau Gräfin von vornherein ausreichende Geldmittel zur Verfügung stellte, konnten alle Bauarbeiten sorgfältig und stilrichtig ausgeführt werden. Das Werk darf sich sehen lassen und hat bei Kennern alles Lob gefunden. Die Bauabrechnung erreichte die Summe von Fr. 26,791. 85.

Durch Vertrag vom 29. März 1926, vom Regierungsrate am 9. Juli 1926 genehmigt, wurden die Verhältnisse dahin geordnet, dass das dem hiesigen Staatsarchiv zur Verwaltung und Pflege übergebene Familienarchiv einen Bestandteil der Hallwyl-Stiftung bildet. Die Freigabe des Archivs für die historische Forschung tritt erst mit dem Ableben der Stifterin ein, welche sich jedoch vorbehalten hat, schon jetzt bezügliche Erlaubnisse zu erteilen. Sie hat auch ein Kapital von 10,000 Fr. angewiesen, dessen Ertrag für den Unterhalt der Archivalien bestimmt ist. Mit einer frühern Zuwendung und den er-

wachsenen Zinsen stand dieser bei der Hypothekarkasse angelegte Hallwyl-Fonds zu Ende des Berichtsjahres auf Fr. 11,219.

Am Tage vor der Murtenschlachtfeier besichtigte die Gräfin die Archivräume und sprach sich mit Befriedigung über deren Einrichtung aus.

Die Regierungen der beteiligten Kantone wiesen die Übergabe und Übernahme des Archivs den beidseitigen Staatsarchivaren zu. Die Überführung der Archivalien und Möbel geschah ohne irgendwelches Missgeschick am 21. Juli 1926 und wurde der Gräfin von Hallwyl zu ihrer grossen Freude telegraphisch gemeldet. Mit besonderer Genugtuung sei hervorgehoben, dass die aargauischen Behörden bei der Übergabe des Archivs alles wünschbare Entgegenkommen bewiesen haben, wofür ihnen freundeidgenössischer Dank gebührt.

An Urkunden, Urkundenabschriften, Briefschaften, Akten, handschriftlichen Bänden und gedruckten Schriften weist das Archiv einen Gesamtbestand von rund 26,000 Stücken auf, deren Einzelprüfung und zum Teil neue Bezeichnung mit der Einordnung bis in den Spätherbst dauerte. Diese grosse Menge von Archivalien konnte in den geräumigen, eisernen Schränken des erwähnten Gewölbes leicht und übersichtlich untergebracht werden.

Der erfreuliche Zuwachs wird geeignet sein, der schweizergeschichtlichen Forschung gute Dienste zu leisten und den in Ehren stehenden Namen der Hallwyl auf späte Geschlechter zu bringen.

Bern, den 25. Januar 1927.

Der Regierungspräsident:

W. Bösiger.

Vom Regierungsrat genehmigt am 22. Februar 1927.

Test. Der Staatsschreiber: **Rudolf.**